

Amtsblatt

der Europäischen Union

L 293

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

47. Jahrgang
16. September 2004

Inhalt	I	<i>Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte</i>	
		Verordnung (EG) Nr. 1607/2004 der Kommission vom 15. September 2004 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	1
	★	Verordnung (EG) Nr. 1608/2004 der Kommission vom 13. September 2004 zur Einstellung der Fischerei auf Seeteufel durch Schiffe unter der Flagge Belgiens	3
	★	Verordnung (EG) Nr. 1609/2004 der Kommission vom 13. September 2004 zur Einstellung der Fischerei auf Gemeine Seezunge durch Schiffe unter der Flagge Belgiens	4
		Verordnung (EG) Nr. 1610/2004 der Kommission vom 15. September 2004 zur Festsetzung des gemäß der Verordnung (EG) Nr. 573/2003 im Rahmen des Kontingents von Mais anzuwendenden Kürzungssatzes	5
		Verordnung (EG) Nr. 1611/2004 der Kommission vom 15. September 2004 zur Festsetzung des gemäß der Verordnung (EG) Nr. 958/2003 im Rahmen des Kontingents von Mais anzuwendenden Kürzungssatzes	6
		Verordnung (EG) Nr. 1612/2004 der Kommission vom 15. September 2004 zur Festsetzung der ab dem 16. September 2004 im Sektor Getreide geltenden Zölle	7
		Verordnung (EG) Nr. 1613/2004 der Kommission vom 15. September 2004 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Olivenöl	10
		Verordnung (EG) Nr. 1614/2004 der Kommission vom 15. September 2004 zur Erteilung von Ausfuhrlicenzen für Obst und Gemüse nach dem Verfahren A3 (Orangen und Äpfel)	12
	★	Richtlinie 2004/89/EG der Kommission vom 13. September 2004 zur fünften Anpassung der Richtlinie 96/49/EG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter an den technischen Fortschritt ⁽¹⁾	14

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

Rat

2004/640/EG:

- ★ **Beschluss Nr. 3/2004 des Gemischten Rates EG-Mexiko vom 29. Juli 2004 zur Änderung des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates vom 23. März 2000** 15

Kommission

2004/641/EG:

- ★ **Beschluss der Kommission vom 14. September 2004 zur Änderung des Beschlusses 2002/627/EG zur Einrichtung der Gruppe Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste ⁽¹⁾** 30



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 1607/2004 DER KOMMISSION**vom 15. September 2004****zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. September 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. September 2004

Für die Kommission
J. M. SILVA RODRÍGUEZ
Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1947/2002 (ABl. L 299 vom 1.11.2002, S. 17).

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. September 2004 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	71,6
	999	71,6
0707 00 05	052	106,2
	999	106,2
0709 90 70	052	85,7
	999	85,7
0805 50 10	382	67,7
	388	48,1
	524	63,6
	528	46,6
	999	56,5
0806 10 10	052	72,8
	220	130,6
	400	169,8
	624	144,8
	999	129,5
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	388	61,0
	400	106,6
	508	69,4
	512	102,6
	528	86,4
	800	177,0
	804	89,6
999	98,9	
0808 20 50	052	99,4
	388	79,8
	999	89,6
0809 30 10, 0809 30 90	052	115,9
	999	115,9
0809 40 05	066	59,0
	094	31,2
	400	106,6
	624	131,6
	999	82,1

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2081/2003 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2003, S. 11). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1608/2004 DER KOMMISSION
vom 13. September 2004
zur Einstellung der Fischerei auf Seeteufel durch Schiffe unter der Flagge Belgiens

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 des Rates vom 19. Dezember 2003 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitender Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen (2004)⁽²⁾ sind für das Jahr 2004 Quoten für Seeteufel vorgegeben.
- (2) Um die Einhaltung der Fangbeschränkungen für quotengebundene Bestände zu gewährleisten, muss die Kommission den Zeitpunkt festsetzen, zu dem die zugeteilte Quote aufgrund der Fänge der Fischereifahrzeuge unter der Flagge eines Mitgliedstaats als ausgeschöpft gilt.

- (3) Nach den der Kommission übermittelten Angaben haben die Seeteufelfänge im ICES-Gebiet VIII a, b, d, e durch Schiffe, die die Flagge Belgiens führen oder in Belgien registriert sind, die für 2004 zugeteilte Quote erreicht. Belgien hat die Befischung dieses Bestands ab dem 6. August 2004 verboten. Es empfiehlt sich daher, dieses Datum zu übernehmen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Aufgrund der Seeteufelfänge im ICES-Gebiet VIII a, b, d, e durch Schiffe, die die Flagge Belgiens führen oder in Belgien registriert sind, gilt die Belgien für 2004 zugeteilte Quote als erschöpft.

Die Fischerei auf Seeteufel im ICES-Gebiet VIII a, b, d, e durch Schiffe, die die Flagge Belgiens führen oder in Belgien registriert sind, sowie die Aufbewahrung an Bord, das Umladen und Anlanden von Fängen aus diesem Bestand, die von den genannten Schiffen nach Beginn der Anwendung dieser Verordnung getätigt werden, sind verboten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 6. August 2004.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. September 2004

Für die Kommission
Jörgen HOLMQUIST
Generaldirektor für Fischerei

⁽¹⁾ ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 (ABl. L 289 vom 7.11.2003, S. 1).

⁽²⁾ ABl. L 344 vom 31.12.2003, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 867/2004 (ABl. L 161 vom 30.4.2004, S. 144).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1609/2004 DER KOMMISSION
vom 13. September 2004
zur Einstellung der Fischerei auf Gemeine Seezunge durch Schiffe unter der Flagge Belgiens

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,
gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 des Rates vom 19. Dezember 2003 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitender Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen (2004)⁽²⁾ sind für das Jahr 2004 Quoten für Gemeine Seezunge vorgegeben.
- (2) Um die Einhaltung der Fangbeschränkungen für quotengebundene Bestände zu gewährleisten, muss die Kommission den Zeitpunkt festsetzen, zu dem die zugeteilte Quote aufgrund der Fänge der Fischereifahrzeuge unter der Flagge eines Mitgliedstaats als ausgeschöpft gilt.
- (3) Nach den der Kommission übermittelten Angaben haben die Seezungenfänge im ICES-Gebiet VIII a, b durch

Schiffe, die die Flagge Belgiens führen oder in Belgien registriert sind, die für 2004 zugeteilte Quote erreicht. Belgien hat die Befischung dieses Bestands ab dem 6. August 2004 verboten. Es empfiehlt sich daher, dieses Datum zu übernehmen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Aufgrund der Seezungenfänge im ICES-Gebiet VIII a, b durch Schiffe, die die Flagge Belgiens führen oder in Belgien registriert sind, gilt die Belgien für 2004 zugeteilte Quote als erschöpft.

Die Fischerei auf Gemeine Seezunge im ICES-Gebiet VIII a, b durch Schiffe, die die Flagge Belgiens führen oder in Belgien registriert sind, sowie die Aufbewahrung an Bord, das Umladen und Anlanden von Fängen aus diesem Bestand, die von den genannten Schiffen nach Beginn der Anwendung dieser Verordnung getätigt werden, sind verboten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 6. August 2004.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. September 2004

Für die Kommission
Jörgen HOLMQUIST
Generaldirektor für Fischerei

⁽¹⁾ ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 (AbL. L 289 vom 7.11.2003, S. 1).

⁽²⁾ ABl. L 344 vom 31.12.2003, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 867/2004 (AbL. L 161 vom 30.4.2004, S. 144).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1610/2004 DER KOMMISSION**vom 15. September 2004****zur Festsetzung des gemäß der Verordnung (EG) Nr. 573/2003 im Rahmen des Kontingents von Mais anzuwendenden Kürzungssatzes**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 573/2003 der Kommission vom 28. März 2003 mit Durchführungsvorschriften zum Beschluss 2003/18/EG des Rates hinsichtlich der Zugeständnisse in Form von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für bestimmte Getreideerzeugnisse mit Ursprung in Rumänien und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2809/2000⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 573/2003 wurde ein jährliches Zollkontingent von 149 000 t Mais für das Wirtschaftsjahr 2004/05 eröffnet.

- (2) Die am 13. September 2004 gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 573/2003 beantragten Mengen überschreiten die verfügbaren Mengen. Es ist daher zu bestimmen, in welchem Umfang die Lizenzen erteilt werden können, und der auf die beantragten Mengen anzuwendende Kürzungssatz festzusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Jedem gemäß Artikel 2 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 573/2003 gestellten und bei der Kommission am 13. September 2004 eingereichten Einfuhrlizenzantrag für das Kontingent Mais „Rumänien“ wird bis zu 0,0525388 der beantragten Mengen stattgegeben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. September 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. September 2004

Für die Kommission

J. M. SILVA RODRÍGUEZ

Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 78.

⁽²⁾ ABl. L 82 vom 29.3.2003, S. 25.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1611/2004 DER KOMMISSION
vom 15. September 2004
zur Festsetzung des gemäß der Verordnung (EG) Nr. 958/2003 im Rahmen des Kontingents von
Mais anzuwendenden Kürzungssatzes

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 958/2003 der Kommission vom 3. Juni 2003 mit Durchführungsvorschriften zum Beschluss 2003/286/EG des Rates hinsichtlich der Zugeständnisse in Form von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für bestimmte Getreideerzeugnisse mit Ursprung in der Republik Bulgarien und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2809/2000⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 958/2003 wurde ein jährliches Zollkontingent von 88 000 t Mais für das Wirtschaftsjahr 2004/05 eröffnet.

- (2) Die am 13. September 2004 gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 958/2003 beantragten Mengen überschreiten die verfügbaren Mengen. Es ist daher zu bestimmen, in welchem Umfang die Lizenzen erteilt werden können, und der auf die beantragten Mengen anzuwendende Kürzungssatz festzusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Jedem gemäß Artikel 2 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 958/2003 gestellten und bei der Kommission am 13. September 2004 eingereichten Einfuhrlicenzantrag für das Kontingent Mais „Republik Bulgarien“ wird bis zu 0,0518166 der beantragten Mengen stattgegeben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. September 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. September 2004

Für die Kommission

J. M. SILVA RODRÍGUEZ

Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 78.

⁽²⁾ ABl. L 136 vom 4.6.2003, S. 3.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1612/2004 DER KOMMISSION**vom 15. September 2004****zur Festsetzung der ab dem 16. September 2004 im Sektor Getreide geltenden Zölle**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1249/96 der Kommission vom 28. Juni 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der im Sektor Getreide geltenden Zölle⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 werden bei der Einfuhr der in Artikel 1 derselben Verordnung genannten Erzeugnisse die Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs erhoben. Bei den Erzeugnissen von Absatz 2 desselben Artikels entsprechen die Zölle jedoch dem bei ihrer Einfuhr geltenden Interventionspreis, erhöht um 55 % und vermindert um den auf die betreffende Lieferung anwendbaren cif-Einfuhrpreis. Dieser Zollsatz darf jedoch den Zoll des Gemeinsamen Zolltarifs nicht überschreiten.
- (2) Gemäß Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 wird der cif-Einfuhrpreis unter Zugrundelegung der für das betreffende Erzeugnis geltenden repräsentativen Weltmarktpreise berechnet.

- (3) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 wurden die Durchführungsbestimmungen erlassen, die sich auf die Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 beziehen und die im Sektor Getreide geltenden Zölle betreffen.
- (4) Die Einfuhrzölle gelten, bis eine Neufestsetzung in Kraft tritt.
- (5) Damit sich die Einfuhrzölle reibungslos anwenden lassen, sollten ihrer Berechnung die in repräsentativen Bezugszeiträumen festgestellten Marktkurse zugrunde gelegt werden.
- (6) Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 hat die Festsetzung der Zölle gemäß dem Anhang I zur vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Sektor Getreide gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 anwendbaren Zölle werden in Anhang I der vorliegenden Verordnung unter Zugrundelegung der im Anhang II angegebenen Bestandteile festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. September 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. September 2004

Für die Kommission

J. M. SILVA RODRÍGUEZ

Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 78.

⁽²⁾ ABl. L 161 vom 29.6.1996, S. 125. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1110/2003 (ABl. L 158 vom 27.6.2003, S. 12).

ANHANG I

Die im Sektor Getreide gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 ab dem 16. September 2004 geltenden Zölle

KN-Code	Warenbezeichnung	Einfuhrzoll ⁽¹⁾ (EUR/t)
1001 10 00	Hartweizen hoher Qualität	0,00
	mittlerer Qualität	0,00
	niederer Qualität	3,70
1001 90 91	Weichweizen, zur Aussaat	0,00
ex 1001 90 99	Weichweizen hoher Qualität, anderer als zur Aussaat	0,00
1002 00 00	Roggen	43,08
1005 10 90	Mais, zur Aussaat, anderer als Hybridmais	55,86
1005 90 00	Mais, anderer als zur Aussaat ⁽²⁾	55,86
1007 00 90	Körner-Sorghum, zur Aussaat, anderer als Hybrid-Körner-Sorghum	53,17

⁽¹⁾ Für Ware, die über den Atlantik oder durch den Suez-Kanal nach der Gemeinschaft geliefert wird (siehe Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96), kann der Zoll ermäßigt werden um

— 3 EUR/t, wenn sie in einem Hafen im Mittelmeerraum entladen wird, oder

— 2 EUR/t, wenn sie in einem Hafen in Irland, im Vereinigten Königreich, in Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Finnland, Schweden oder an der Atlantikküste der Iberischen Halbinsel entladen wird.

⁽²⁾ Der Zoll kann pauschal um 24 EUR/t ermäßigt werden, wenn die Bedingungen nach Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 erfüllt sind.

ANHANG II

Berechnungsbestandteile

Zeitraum vom 31.8.—14.9.2004

1. Durchschnittswerte für den im Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 genannten Bezugszeitraum:

Börsennotierungen	Minneapolis	Chicago	Minneapolis	Minneapolis	Minneapolis	Minneapolis
Erzeugnis (% Eiweiß, 12 % Feuchtigkeit)	HRS2 (14 %)	YC3	HAD2	mittlere Qualität (*)	niedere Qualität (**)	US barley 2
Notierung (EUR/t)	124,11 (**)	72,93	151,76 (***)	141,76 (***)	121,76 (***)	82,38 (***)
Golf-Prämie (EUR/t)	—	11,62	—			—
Prämie/Große Seen (EUR/t)	13,74	—	—			—

(*) Negative Prämie von 10 EUR/t (Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96).

(**) Negative Prämie von 30 EUR/t (Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96).

(***) Positive Prämie von 14 EUR/t inbegriffen (Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96).

(****) Fob Duluth.

2. Durchschnittswerte für den im Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 genannten Bezugszeitraum:

Fracht/Kosten: Golf von Mexiko–Rotterdam: 26,70 EUR/t. Große Seen–Rotterdam: 31,57 EUR/t.

3. Zuschüsse gemäß Artikel 4 Absatz 2 dritter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1249/96: 0,00 EUR/t (HRW2)
0,00 EUR/t (SRW2).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1613/2004 DER KOMMISSION
vom 15. September 2004
zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Olivenöl

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Liegen die Preise in der Gemeinschaft über den Weltmarktpreisen, so kann der Unterschied zwischen diesen Preisen nach Artikel 3 der Verordnung Nr. 136/66/EWG durch eine Erstattung bei der Ausfuhr von Olivenöl nach Drittländern gedeckt werden.
- (2) Die Festsetzung und die Gewährung der Erstattung bei der Ausfuhr von Olivenöl sind in der Verordnung (EWG) Nr. 616/72 der Kommission⁽²⁾ enthalten.
- (3) Nach Artikel 3 dritter Unterabsatz der Verordnung Nr. 136/66/EWG muss die Erstattung für die gesamte Gemeinschaft gleich sein.
- (4) Nach Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung Nr. 136/66/EWG ist die Erstattung für Olivenöl unter Berücksichtigung der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Olivenölpreise und der davon verfügbaren Mengen auf dem Gemeinschaftsmarkt sowie der Weltmarktpreise für Olivenöl festzusetzen. Lässt es jedoch die auf dem Weltmarkt bestehende Lage nicht zu, die günstigsten Notierungen für Olivenöl zu bestimmen, so können der auf diesem Markt für die wichtigsten konkurrierenden pflanzlichen Öle erzielte Preis und der in einem repräsentativen Zeitraum zwischen diesem Preis und dem für Olivenöl festgestellte Unterschied berücksichtigt werden. Die Erstattung darf nicht höher sein als der Betrag, der dem Unterschied zwischen den in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt erzielten Preisen, gegebenenfalls um

die Kosten für das Verbringen des Erzeugnisses auf den Weltmarkt berichtigt, entspricht.

- (5) Nach Artikel 3 Absatz 3 dritter Unterabsatz Buchstabe b der Verordnung Nr. 136/66/EWG kann beschlossen werden, dass die Erstattung durch Ausschreibung festgesetzt wird. Die Ausschreibung erstreckt sich auf den Betrag der Erstattung und kann auf bestimmte Bestimmungsländer, Mengen, Qualitäten und Aufmachungen beschränkt werden.
- (6) Nach Artikel 3 Absatz 3 zweiter Unterabsatz der Verordnung Nr. 136/66/EWG kann die Erstattung für Olivenöl je nach Bestimmung oder Bestimmungsgebiet in unterschiedlicher Höhe festgesetzt werden, wenn die Weltmarktlage oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte dies notwendig machen.
- (7) Die Erstattung muss mindestens einmal im Monat festgesetzt werden; soweit erforderlich, kann die Erstattung zwischenzeitlich geändert werden.
- (8) Bei Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Marktlage bei Olivenöl, insbesondere auf den Olivenölpreis in der Gemeinschaft sowie auf den Märkten der Drittländer, sind die Erstattungen in der im Anhang aufgeführten Höhe festzusetzen.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Fette —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung Nr. 136/66/EWG genannten Erzeugnisse werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. September 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. September 2004

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. 172 vom 30.9.1966, S. 3025/66. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1513/2001 (ABl. L 201 vom 26.7.2001, S. 4).

⁽²⁾ ABl. L 78 vom 31.3.1972, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2962/77 (ABl. L 348 vom 30.12.1977, S. 53).

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. September 2004 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Olivenöl

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag
1509 10 90 9100	A00	EUR/100 kg	0,00
1509 10 90 9900	A00	EUR/100 kg	0,00
1509 90 00 9100	A00	EUR/100 kg	0,00
1509 90 00 9900	A00	EUR/100 kg	0,00
1510 00 90 9100	A00	EUR/100 kg	0,00
1510 00 90 9900	A00	EUR/100 kg	0,00

NB: Die Erzeugniscode sowie die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/-gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2081/2003 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2003, S. 11) festgelegt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1614/2004 DER KOMMISSION
vom 15. September 2004
zur Erteilung von Ausfuhrlicenzen für Obst und Gemüse nach dem Verfahren A3 (Orangen und Äpfel)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 35 Absatz 3 dritter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1431/2004 der Kommission⁽²⁾ wurden zur Eröffnung einer Ausschreibung die Richtsätze der Erstattungen und die für die Lizenzerteilung nach dem Verfahren A3 in Betracht kommenden Richtmengen, die geliefert werden können, festgesetzt.
- (2) Unter Berücksichtigung der eingereichten Angebote sollten die Höchstertattungen und die mengenmäßigen Anteile festgesetzt werden, zu denen Lizenzen für Angebote erteilt werden, die auf diese Höchstätze lauten.

- (3) Bei Orangen und Äpfeln überschreitet die Höchstertattung, die bei der Erteilung von Lizenzen für die Richtmenge im Rahmen der Angebotsmengen zugrunde gelegt wird, die Richterstattung nicht um mehr als das Andert-halb-fache —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1431/2004 für Orangen und Äpfel geltenden Höchstertattungen und Erteilungsanteile sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. September 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. September 2004

Für die Kommission
J. M. SILVA RODRÍGUEZ
Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 47/2003 der Kommission (AbL. L 7 vom 11.1.2003, S. 64).

⁽²⁾ ABl. L 264 vom 11.8.2004, S. 3.

ANHANG

Erteilung von Ausfuhrlicenzen für Obst und Gemüse nach dem Verfahren A3 (Orangen und Äpfel)

Erzeugnis	Höchsterstattung (EUR/t netto)	Erteilungsanteil der mit Höchsterstattung beantragten Mengen
Orangen	30	100 %
Äpfel	29	29 %

RICHTLINIE 2004/89/EG DER KOMMISSION**vom 13. September 2004****zur fünften Anpassung der Richtlinie 96/49/EG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter an den technischen Fortschritt****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 96/49/EG des Rates vom 23. Juli 1996 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Anhang der Richtlinie 96/49/EG enthält die Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) in der ab dem 1. Juli 2003 geltenden Fassung.
- (2) Die RID wird in der Regel alle zwei Jahre aktualisiert; darum trat am 1. Januar 2003 eine aktualisierte Fassung mit einer Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2003 in Kraft.
- (3) Ausnahmsweise wurde die RID nach einem Jahr erneut aktualisiert, so dass die geänderte Fassung am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist.
- (4) Deshalb muss der Anhang der Richtlinie 96/49/EG geändert werden.
- (5) Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der Stellungnahme des durch Artikel 9 der Richtlinie 96/49/EG eingesetzten Ausschusses für den Gefahrguttransport —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang der Richtlinie 96/49/EG erhält folgende Fassung:

„Die in Anhang B Anlage I des Übereinkommens über den Internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) enthaltene Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) in der ab dem 1. Januar 2004 geltenden

Fassung, wobei die Ausdrücke ‚Vertragspartei‘ und ‚Staaten oder Eisenbahnen‘ durch das Wort ‚Mitgliedstaat‘ ersetzt werden.

Der Wortlaut der Änderungen der RID in der Fassung von 2004 wird veröffentlicht, sobald der Text in allen Amtssprachen der Gemeinschaft vorliegt.“

Artikel 2

1. Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie spätestens am 1. Oktober 2004 nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Rechtsvorschriften mit und fügen eine Entsprechungstabelle dieser Rechtsvorschriften und der vorliegenden Richtlinie bei.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

2. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 4

Diese Richtlinie ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 13. September 2004

Für die Kommission

Loyola DE PALACIO

Vizepräsidentin

⁽¹⁾ ABl. L 235 vom 17.9.1996, S. 25. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/29/EG der Kommission (ABl. L 90 vom 8.4.2003, S. 47).

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS Nr. 3/2004 DES GEMISCHTEN RATES EG-MEXIKO

vom 29. Juli 2004

zur Änderung des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates vom 23. März 2000

(2004/640/EG)

DER GEMISCHTE RAT —

gestützt auf das am 8. Dezember 1997 in Brüssel unterzeichnete Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Mexikanischen Staaten andererseits⁽¹⁾ (nachstehend „Abkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 5 und Artikel 10 in Verbindung mit Artikel 47,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach dem Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (nachstehend „die neuen Mitgliedstaaten“ genannt) zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 müssen zum selben Datum bestimmte Handelsbestimmungen in dem Beschluss Nr. 2/2000 des Gemischten Rates vom 23. März 2000⁽²⁾, die sich auf den Warenverkehr, auf Ursprungszeugnisse und das öffentliche Beschaffungswesen beziehen, angepasst werden.
- (2) Es müssen Übergangsbestimmungen für Waren, die sich ab dem Tag des Beitritts zwischen Mexiko und den neuen Mitgliedstaaten im Durchgangsverkehr („en route“) oder in vorübergehender Verwahrung befinden, verabschiedet werden —

BESCHLIESST:

Artikel 1

- (1) Anhang I des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates wird nach Maßgabe der in Anhang I dieses Beschlusses enthaltenen Bestimmungen geändert.
- (2) Das in Anhang II dieses Beschlusses aufgeführte Zollkontingent für Waren des KN-Codes 0803 00 19 (Bananen) verliert seine Gültigkeit, wenn die derzeitigen WTO-Kontingente durch eine reine Zolltarifregelung ersetzt werden.

⁽¹⁾ ABl. L 276 vom 28.10.2000, S. 45.

⁽²⁾ ABl. L 157 vom 30.6.2000, S. 10.

(3) Die Parteien vereinbaren, sich auf Ersuchen einer Vertragspartei zu treffen, um den Stand des bilateralen Handels mit Bananen nach Ersetzung des Einfuhrverfahrens der Gemeinschaft durch eine reine Zolltarifregelung zu erörtern.

(4) Der Inhalt der Überprüfungs Klausel in Artikel 10 des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates wird durch diesen Artikel nicht beeinflusst.

Artikel 2

(1) Die Bestimmungen des Abkommens gelten für alle von Mexiko in einen der neuen Mitgliedstaaten sowie von einem der neuen Mitgliedstaaten nach Mexiko ausgeführten Waren, die den in Anhang III des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates enthaltenen Bestimmungen entsprechen und sich am Tag des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union entweder im Transit, en route, oder aber in Mexiko oder einem der neuen Mitgliedstaaten in der vorübergehenden Verwahrung, einem Zolllager oder einer Freizone befanden.

(2) Die Präferenzbehandlung wird gewährt, wenn den Zollbehörden des Einfuhrlandes binnen vier Monaten nach dem Tag des Beitritts eine nachträglich von den Zollbehörden oder den zuständigen Regierungsbehörden des Ausfuhrlandes ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR 1 vorgelegt wird, die außerdem durch Dokumente zu ergänzen ist, aus denen hervorgeht, dass die Waren unmittelbar befördert wurden.

Artikel 3

Artikel 17 Absatz 4 und Artikel 18 Absatz 2 sowie Anlage IV des Anhangs III zu dem Beschluss Nr. 2/2000 des Gemischten Rates werden nach Maßgabe der Bestimmungen in Anhang III zu diesem Beschluss geändert.

Artikel 4

(1) Die in Anhang IV zu diesem Beschluss aufgeführten Regierungsstellen in den neuen Mitgliedstaaten werden den entsprechenden Abschnitten in Teil B des Anhangs VI zu dem Beschluss Nr. 2/2000 des Gemischten Rates angefügt.

(2) Die in Anhang V dieses Beschlusses aufgeführten Veröffentlichungen der neuen Mitgliedstaaten werden Teil B des Anhangs XIII zu dem Beschluss Nr. 2/2000 des Gemischten Rates angefügt.

Artikel 5

(1) Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft. Artikel 1 Absätze 1 und 2 treten am 1. Mai 2004 in Kraft.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 vereinbaren die Parteien, dass die Vereinigten Mexikanischen Staaten bis zum Abschluss der für die Annahme dieses Beschlusses erforderlichen internen Verfahren der Europäischen Gemeinschaft ab dem 1. Mai 2004

bis zur Annahme dieses Beschlusses durch den Gemischten Rat vorläufig die Bestimmungen dieses Beschlusses anwenden.

Geschehen zu Brüssel am 29. Juli 2004.

Im Namen des Gemischten Rates

L. E. DERBEZ

ANHANG I

Zeitplan der Gemeinschaft für den Zollabbau

KN-Code	Warenbezeichnung	Menge	Zollsatz
1302 20 10	Pektinstoffe, Pektinate und Pektate, trocken	250 Tonnen	2 %

ANHANG II

Übergangskontingente

KN-Code	Warenbezeichnung	Menge	Zollsatz
0803 00 19	Bananen, ausschließlich Mehlbananen, frisch	2 000 Tonnen	75 EUR/Tonne

ANHANG III

Neue Sprachfassungen der Vermerke und der „Erklärung auf der Rechnung“ im Anhang III des Beschlusses Nr. 2/2000

1. Artikel 17 Absatz 4 des Anhangs III zu dem Beschluss Nr. 2/2000 des Gemischten Rates erhält folgende Fassung:

„(4) Die nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist mit einem der folgenden Vermerke zu versehen:

ES ‚EXPEDIDO A POSTERIORI‘
CS ‚VYSTAVENO DODATEČNĚ‘
DA ‚UDSTEDT EFTERFØLGENDE‘
DE ‚NACHTRÄGLICH AUSGESTELLT‘
ET ‚VÄLJA ANTUD TAGASIULATUVALT‘
EL ‚ΕΚΔΟΘΕΝ ΕΚ ΤΩΝ ΥΣΤΕΡΩΝ‘
EN ‚ISSUED RETROSPECTIVELY‘
FR ‚DÉLIVRÉ A POSTERIORI‘
IT ‚RILASCIATO A POSTERIORI‘
LV ‚IZSNIEGTS RETROSPEKTĪVI‘
LT ‚RETROSPEKTYVUSIS IŠDAVIMAS‘
HU ‚KIADVA VISSZAMENŐLEGES HATÁLLYAL‘
MT ‚MAHRUĠ RETROSPETTIVAMENT‘
NL ‚AFGEGEVEN A POSTERIORI‘
PL ‚WYSTAWIONE RETROSPEKTYWNIĘ‘
PT ‚EMITIDO A POSTERIORI‘
SK ‚VYDANÉ DODATOČNE‘
SL ‚IZDANO NAKNADNO‘
FI ‚ANNETTU JÄLKIKÄTEEN‘
SV ‚UTFÄRDAT I EFTERHAND‘.

2. Artikel 18 Absatz 2 des Anhangs III zu dem Beschluss Nr. 2/2000 erhält folgende Fassung:

„(2) Dieses Duplikat ist mit einem der folgenden Vermerke zu versehen:

ES ‚DUPLICADO‘
CS ‚DUPLIKÁT‘
DA ‚DUPLIKAT‘
DE ‚DUPLIKAT‘
ET ‚DUPLIKAAT‘
EL ‚ΑΝΤΙΓΡΑΦΟ‘
EN ‚DUPLICATE‘
FR ‚DUPLICATA‘
IT ‚DUPLICATO‘
LV ‚DUBLIKĀTS‘
LT ‚DUBLIKATAS‘
HU ‚MÁSODLAT‘
MT ‚DUPLIKAT‘
NL ‚DUPLICAAT‘

PL „DUPLIKAT“
PT „SEGUNDA VIA“
SK „DUPLIKÁT“
SL „DVOJNIK“
FI „KAKSOISKAPPALE“
SV „DUPLIKAT“.

3. Der Anlage IV des Anhangs III zu dem Beschluss Nr. 2/2000 werden die folgenden Sprachfassungen angefügt:

Tschechische Fassung

Vývozce výrobků uvedených v tomto dokumentu (číslo povolení celního orgánu příslušného státního orgánu ...⁽¹⁾) prohlašuje, že kromě zřetelně označených, mají tyto výrobky preferenční původ v ...⁽²⁾.

Estnische Fassung

Käesoleva dokumendiga hõlmatud toodete eksportija (tolliameti või pädeva valitsusasutuse luba nr ...⁽¹⁾) deklareerib, et need tooted on ...⁽²⁾ sooduspäritoluga, välja arvatud juhul kui on selgelt näidatud teisiti.

Lettische Fassung

Eksportētājs produktiem, kuri ietverti šajā dokumentā (muitas vai kompetentu valsts iestāžu pilnvara Nr. ...⁽¹⁾), deklarē, ka, izņemot tur, kur ir citādi skaidri noteikts, šiem produktiem ir priekšrocību izcelsme no ...⁽²⁾.

Litauische Fassung

Šiame dokumente išvardintų prekių eksportuotojas (muitinės arba kompetentingos vyriausybės institucijos liudijimo Nr. ...⁽¹⁾) deklaruoja, kad, jeigu kitaip nenurodyta, tai yra ...⁽²⁾ preferencinės kilmės prekės.

Ungarische Fassung

A jelen okmányban szereplő áruk exportőre (vámfelhatalmazási szám: ...⁽¹⁾) vagy az illetékes kormányzati szerv által kiadott engedély száma: ...) kijelentem, hogy eltérő jelzés hiányában az áruk kedvezményes ... származásúak⁽²⁾.

Maltesische Fassung

L-esportatur tal-prodotti koperti b'dan id-dokument (awtorizzazzjoni kompetenti tal-gvern jew tad-dwana nru. ...⁽¹⁾) jiddikjara li, hliet fejn indikat b'mod ċar li mhux hekk, dawn il-prodotti huma ta' oriġini preferenzjali ...⁽²⁾.

Polnische Fassung

Eksporter produktów objętych tym dokumentem (upoważnienie władz celnych lub upoważnienie właściwych władz nr ...⁽¹⁾) deklaruje, że z wyjątkiem gdzie jest to wyraźnie określone, produkty te mają ...⁽²⁾ preferencyjne pochodzenie.

Slowenische Fassung

Izvoznik proizvodov, zajetih s tem dokumentom, (pooblastilo carinskih ali pristojnih državnih organov št. ...⁽¹⁾) izjavlja, da razen če ni drugače jasno navedeno, imajo ti proizvodi ... preferencialno poreklo⁽²⁾.

Slowakische Fassung

Vývozca výrobkov uvedených v tomto dokumente (číslo povolenia colnej správy alebo príslušného vládneho povolenia ...⁽¹⁾) vyhlasuje, že okrem zreteľne označených, majú tieto výrobky preferenčný pôvod v ...⁽²⁾.

ANHANG IV

REGIERUNGSSTELLEN

1. Teil B Abschnitt 1 des Anhangs VI zu dem Beschluss Nr. 2/2000 werden die folgenden Regierungsstellen angefügt:

„Q. Tschechische Republik

1. Ministerstvo dopravy (Ministry of Transport)
2. Ministerstvo informatiky (Ministry of Informatics)
3. Ministerstvo financí (Ministry of Finance)
4. Ministerstvo kultury (Ministry of Culture)
5. Ministerstvo obrany (Ministry of Defence)
6. Ministerstvo pro místní rozvoj (Ministry for Regional Development)
7. Ministerstvo práce a sociálních věcí (Ministry of Labour and Social Affairs)
8. Ministerstvo průmyslu a obchodu (Ministry of Industry and Trade)
9. Ministerstvo spravedlnosti (Ministry of Justice)
10. Ministerstvo školství, mládeže a tělovýchovy (Ministry of Education, Youth and Sports)
11. Ministerstvo vnitra (Ministry of the Interior)
12. Ministerstvo zahraničních věcí (Ministry of Foreign Affairs)
13. Ministerstvo zdravotnictví (Ministry of Health)
14. Ministerstvo zemědělství (Ministry of Agriculture)
15. Ministerstvo životního prostředí (Ministry of the Environment)

R. Estland

1. Haridus- ja Teadusministeerium (Ministry of Education and Research)
2. Justiitsministeerium (Ministry of Justice)
3. Kaitseministeerium (Ministry of Defence)
4. Keskkonnaministeerium (Ministry of Environment)
5. Kultuuriministeerium (Ministry of Culture)
6. Majandus- ja Kommunikatsiooniministeerium (Ministry for Economy and Communication)
7. Põllumajandusministeerium (Ministry of Agriculture)
8. Rahandusministeerium (Ministry of Finance)
9. Siseministeerium (Ministry of Internal Affairs)
10. Sotsiaalministeerium (Ministry of Social Affairs)
11. Välisministeerium (Ministry of Foreign Affairs)

S. Zypern

1. Υπουργείο Άμυνας (Ministry of Defence)
2. Υπουργείο Γεωργίας, Φυσικών Πόρων και Περιβάλλοντος (Ministry of Agriculture, Natural Resources and Environment)
3. Υπουργείο Δικαιοσύνης και Δημοσίας Τάξεως (Ministry of Justice and Public Order)
4. Υπουργείο Εμπορίου, Βιομηχανίας και Τουρισμού (Ministry of Commerce, Industry and Tourism)
5. Υπουργείο Εργασίας και Κοινωνικών Ασφαλίσεων (Ministry of Labour and Social Insurance)

6. Υπουργείο Εσωτερικών (Ministry of the Interior)
7. Υπουργείο Εξωτερικών (Ministry of Foreign Affairs)
8. Υπουργείο Οικονομικών (Ministry of Finance)
9. Υπουργείο Παιδείας και Πολιτισμού (Ministry of Education and Culture)
10. Υπουργείο Συγκοινωνιών και Έργων (Ministry of Communications and Works)
11. Υπουργείο Υγείας (Ministry of Health)

T. Lettland

1. Aizsardzības ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Defence and institutions subordinate to it and under its supervision)
2. Ārlietu ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Foreign Affairs and institutions subordinate to it and under its supervision)
3. Ekonomikas ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Economics and institutions subordinate to it and under its supervision)
4. Finanšu ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Finance and institutions subordinate to it and under its supervision)
5. Iekšlietu ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of the Interior and institutions subordinate to it and under its supervision)
6. Izglītības un zinātnes ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Education and Science and institutions subordinate to it and under its supervision)
7. Kultūras ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Culture and institutions subordinate to it and under its supervision)
8. Labklājības ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Welfare and institutions subordinate to it and under its supervision)
9. Satiksmes ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Transport and institutions subordinate to it and under its supervision)
10. Tieslietu ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Justice and institutions subordinate to it and under its supervision)
11. Veselības ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Health and institutions subordinate to it and under its supervision)
12. Vides ministrija un tās pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Environment and institutions subordinate to it and under its supervision)
13. Zemkopības ministrija un tās pārraudzībā esošās iestādes (Ministry of Agriculture and institutions under its supervision)
14. Īpašu uzdevumu ministrs bērnu un ģimenes lietās un tā pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Minister for Special Assignments for Children and Family Affairs and institutions subordinate to it and under its supervision)
15. Īpašu uzdevumu ministrs sabiedrības integrācijas lietās un tā pakļautībā un pārraudzībā esošās iestādes (Minister for Special Assignments for Integration Affairs and institutions subordinate to it and under its supervision)

U. Lītauen

1. Aplinkos ministrija ir īstaigos priekšnieks ministrijos (Ministry of Environment and institutions under the Ministry)
2. Finanšu ministrija ir īstaigos priekšnieks ministrijos (Ministry of Finance and institutions under the Ministry)
3. Krašto apsaugos ministrija ir īstaigos priekšnieks ministrijos (Ministry of National Defence and institutions under the Ministry)
4. Kultūras ministrija ir īstaigos priekšnieks ministrijos (Ministry of Culture and institutions under the Ministry)
5. Sociālās apsaugos ir darba ministrija ir īstaigos priekšnieks ministrijos (Ministry of Social Security and Labour and institutions under the Ministry)
6. Susisiekimo ministrija ir īstaigos priekšnieks ministrijos (Ministry of Transport and Communications and institutions under the Ministry)

7. Sveikatos apsaugos ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Health and institutions under the Ministry)
8. Švietimo ir mokslo ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Education and Science and institutions under the Ministry)
9. Teisingumo ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Justice and institutions under the Ministry)
10. Ūkio ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Economy and institutions under the Ministry)
11. Užsienio reikalų ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Foreign Affairs and institutions under the Ministry)
12. Vidaus reikalų ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Internal Affairs and institutions under the Ministry)
13. Žemės ūkio ministerija ir įstaigos prie ministerijos (Ministry of Agriculture and institutions under the Ministry)

V. Ungarn

1. Belügyminisztérium (Ministry of the Interior)
2. Egészségügyi, Szociális és Családügyi Minisztérium (Ministry of Health, Social and Family Affairs)
3. Foglalkoztatáspolitikai és Munkaügyi Minisztérium (Ministry of Employment Policy and Labour Affairs)
4. Földművelésügyi és Vidékfejlesztési Minisztérium (Ministry of Agriculture and Rural Development)
5. Gazdasági és Közlekedési Minisztérium (Ministry of Economy and Transport)
6. Gyermek-, Ifjúsági és Sportminisztérium (Ministry of Children, Youth and Sports)
7. Honvédelmi Minisztérium (Ministry of Defence)
8. Igazságügyi Minisztérium (Ministry of Justice)
9. Informatikai és Hírközlési Minisztérium (Ministry of Informatics and Communications)
10. Környezetvédelmi és Vízügyi Minisztérium (Ministry of Environment and Water Management)
11. Külügyminisztérium (Ministry of Foreign Affairs)
12. Miniszterelnöki Hivatal (Prime Minister's Office)
13. Nemzeti Kulturális Örökség Minisztériuma (Ministry of Cultural Heritage)
14. Oktatási Minisztérium (Ministry of Education)
15. Pénzügyminisztérium (Ministry of Finance)

W. Malta

1. Ministeru għall-Politika Soċjali (Ministry for Social Policy)
2. Ministeru ta' l-Edukazzjoni (Ministry for Education)
3. Ministeru tal-Finanzi (Ministry of Finance)
4. Ministeru għar-Riżorsi u Infrastruttura (Ministry for Resources and Infrastructure)
5. Ministeru għat-Turiżmu (Ministry for Tourism)
6. Ministeru għat-Trasport u Komunikazzjoni (Ministry for Transport and Communications)
7. Ministeru għas-Servizzi Ekonomiċi (Ministry for Economic Services)
8. Ministeru għall-Intern u l-Ambjent (Ministry for Home Affairs and the Environment)
9. Ministeru għall-Agricoltura u Sajd (Ministry for Agriculture and Fisheries)
10. Ministeru għal Għawdex (Ministry for Gozo)
11. Ministeru għas-Sahħa (Ministry of Health)
12. Ministeru ta' l-Affarijiet Barranin (Ministry of Foreign Affairs)
13. Ministeru għall-Ġustizzja u Gvern Lokali (Ministry for Justice and Government)
14. The Armed Forces of Malta (AFM)

X. Polen

1. Ministerstwo Finansów (Ministry of Finance)
2. Ministerstwo Gospodarki Pracy i Polityki Społecznej (Ministry of Economy, Labour and Social Policy)
3. Ministerstwo Kultury (Ministry of Culture)
4. Ministerstwo Obrony Narodowej (Ministry of National Defence)
5. Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi (Ministry of Agriculture and Rural Development)
6. Ministerstwo Skarbu Państwa (Ministry of the State Treasury)
7. Ministerstwo Sprawiedliwości (Ministry of Justice)
8. Ministerstwo Infrastruktury (Ministry of Infrastructure)
9. Ministerstwo Środowiska (Ministry of Environment)
10. Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji (Ministry of Internal Affairs and Public Administration)
11. Ministerstwo Spraw Zagranicznych (Ministry of Foreign Affairs)
12. Ministerstwo Zdrowia (Ministry of Health)
13. Ministerstwo Edukacji Narodowej i Sportu (Ministry of National Education and Sport)

Y. Slowenien

1. Ministrstvo za finance (Ministry of Finance)
2. Ministrstvo za notranje zadeve (Ministry of Internal Affairs)
3. Ministrstvo za zunanje zadeve (Ministry of Foreign Affairs)
4. Ministrstvo za obrambo (Ministry of Defence)
5. Ministrstvo za pravosodje (Ministry of Justice)
6. Ministrstvo za gospodarstvo (Ministry of the Economy)
7. Ministrstvo za kmetijstvo, gozdarstvo in prehrano (Ministry of Agriculture, Forestry and Food)
8. Ministrstvo za promet (Ministry of Transport)
9. Ministrstvo za okolje, prostor in energijo (Ministry of Environment, Spatial Planning and Energy)
10. Ministrstvo za delo, družino in socialne zadeve (Ministry of Labour, Family and Social Affairs)
11. Ministrstvo za zdravje (Ministry of Health)
12. Ministrstvo za informacijsko družbo (Ministry of Information Society)
13. Ministrstvo za šolstvo, znanost in šport (Ministry of Education, Science and Sport)
14. Ministrstvo za kulturo (Ministry of Culture)

Z. Slowakei

1. Ministerstvo zahraničných vecí (Ministry of Foreign Affairs)
2. Ministerstvo hospodárstva (Ministry of Economy)
3. Ministerstvo obrany (Ministry of Defence)
4. Ministerstvo vnútra (Ministry of the Interior)
5. Ministerstvo financií (Ministry of Finance)
6. Ministerstvo kultúry (Ministry of Culture)
7. Ministerstvo pre správu a privatizáciu národného majetku (Ministry for Administration and Privatisation of National Property)
8. Ministerstvo zdravotníctva (Ministry of Health)

9. Ministerstvo práce, sociálních věcí a rodiny (Ministry of Labour, Social Affairs and Family)
 10. Ministerstvo školstva (Ministry of Education)
 11. Ministerstvo spravodlivosti (Ministry of Justice)
 12. Ministerstvo životného prostredia (Ministry of Environment)
 13. Ministerstvo pôdohospodárstva (Ministry of Agriculture)
 14. Ministerstvo dopravy, pôšt a telekomunikácií (Ministry of Transport, Posts and Telecommunication)
 15. Ministerstvo výstavby a regionálneho rozvoja (Ministry of Construction and Regional Development)
2. Der Anlage zum Anhang VI Teil B Abschnitt 2 des Beschlusses Nr. 2/2000 werden folgende Einrichtungen und Kategorien von Einrichtungen, auf die in den Anhängen I, II, VII, VIII und IX der Richtlinie 93/38/EWG Bezug genommen wird, angefügt:
- a) Anhang I
- „GEWINNUNG, FORTLEITUNG UND VERTEILUNG VON TRINKWASSER“:**
- „TSCHECHISCHE REPUBLIK**
- All producers, shippers or distributors of drinking water that provide their services to the public (section 2 b) of Act No 199/1994 Sb. on Public Procurement).
- ESTLAND**
- Entities operating pursuant to Article 5 of the Public Procurement Act (RT I 2001, 40, 224) and Article 14 of the Competition Act (RT I 2001, 56 332).
- ZYPERN**
- The Water Boards, distributing water in municipal and other areas pursuant to the Water Supply (Municipal and Other Areas) Law, Cap. 350. (Τα Συμβούλια Υδατοπρομήθειας που διανέμουν νερό σε δημοτικές και άλλες περιοχές, δυνάμει του περί Υδατοπρομήθειας Δημοτικών και Άλλων Περιοχών Νόμου, Κεφ. 350).
- LETTLAND**
- Public entities of local governments producing and distributing drinking water to the fixed networks intended to provide a service to the public.
- LITAUEN**
- Entities producing, transporting and distributing drinking water pursuant to the Lietuvos Respublikos geriamojo vandens įstatymas (Žin., 2001, Nr. 64-2327) and Lietuvos Respublikos vandens įstatymas (Žin., 1997, Nr. 104-2615) and being in compliance with the provisions of Lietuvos Respublikos viešųjų pirkimų įstatymas (Žin., 2002, Nr. 118-5296).
- UNGARN**
- Entities producing, transporting or distributing water pursuant to Act LVII of 1995 on water management (1995. évi LVII. törvény a vízgazdálkodásról).
- MALTA**
- Korporazzjoni għas-Servizzi ta' l-Ilma (Water Services Corporation).
- POLEN**
- Przedsiębiorstwa wodociągowo-kanalizacyjne w rozumieniu ustawy z dnia 7 czerwca 2001 r. o zbiorowym zaopatrzeniu w wodę i zbiorowym odprowadzaniu ścieków prowadzące działalność gospodarczą w zakresie zbiorowego zaopatrzenia w wodę lub zbiorowego odprowadzania ścieków. (Water-supply and sewage enterprises within the meaning of the Act of 7 June 2001 on the collective water supply and discharge of wastewater).

SLOWENIEN

Podjetja, ki črpajo, izvajajo prenos ali dobavo pitne vode, skladno s koncesijskim aktom, izdanim na podlagi Zakona o varstvu okolja (Uradni list RS, 32/93, 1/96) in odloki občin. (Entities producing, transporting or distributing drinking water, in accordance with the concession act granted pursuant to the Environment Protection Act (Official Journal of the Republic of Slovenia, 32/93, 1/96) and the decisions issued by the municipalities).

SLOWAKEI

The procuring entity is defined in Article 3 §2 and §3 of Act No 263/1999 Z. z. on Public Procurement, as amended, as a legal entity which deals in water management by producing and operating the public distribution of drinking water, operates public sewerage or sewage works (e.g. Západoslovenské vodárne a kanalizácie, Stredoslovenské vodárne a kanalizácie, Východoslovenské vodárne a kanalizácie).“;

b) Anhang II

„ERZEUGUNG, FORTLEITUNG ODER VERTEILUNG VON ELEKTRISCHEM STROM“:

„TSCHECHISCHE REPUBLIK

The contracting authority is defined in section 2 b) of Act. No 199/1994 Sb. on Public Procurement as České energetické závody, a.s. (Czech Power Works, producer) and 8 regional distribution companies: Středočeská energetická a.s. (Central-Bohemian Power Company), Východočeská energetická, a.s. (East-Bohemian Power Company), Severočeská energetická a.s. (North-Bohemian Power Company), Západočeská energetická, a.s. (West-Bohemian Power Company), Jihočeská a.s. (South-Bohemian Power Company), Pražské energetické závody, a.s. (Prague's Power Works), Jihomoravská energetická, a.s. (South-Moravian Company), Severomoravská energetická, a.s. (North Moravian Power Company); these entities produce or transport electricity on the basis of the Energy Act No 458/2000 Sb.

ESTLAND

Entities operating pursuant to Article 5 of the Public Procurement Act (RT I 2001, 40, 224) and Article 14 of the Competition Act (RT I 2001, 56 332).

ZYPERN

The Electricity Authority of Cyprus established by the Electricity Development Law, Cap. 171. (Η Αρχή Ηλεκτρισμού Κύπρου που εγκαθιδρύθηκε από τον περί Αναπτύξεως Ηλεκτρισμού Νόμο, Κεφ. 171).

LETTLAND

Valsts akciju sabiedrība ‚Latvenergo‘ (State public limited liability company ‚Latvenergo‘).

LITAUEN

Entities producing, transporting or distributing electricity pursuant to the Lietuvos Respublikos elektros energetikos įstatymas (Žin., 2000, Nr. 66-1984) and being in compliance with the provisions of Lietuvos Respublikos viešųjų pirkimų įstatymas (Žin., 2002, Nr. 118-5296).

Valstybės įmonė Ignalinos atominė elektrinė (State Enterprise Ignalina Nuclear Power Plant) set up pursuant to the Lietuvos Respublikos branduolinės energijos įstatymas (Žin., 1996, Nr. 119-2771).

UNGARN

Entities producing, transporting or distributing electricity on the basis of an authorisation pursuant to Act CX of 2001 on electricity (2001. évi CX. törvény a villamos energiáról).

MALTA

Korporazzjoni Enemalta (Enemalta Corporation).

POLEN

Przedsiębiorstwa energetyczne w rozumieniu ustawy z dnia 10 kwietnia 1997 r. Prawo energetyczne (Energy enterprises within the meaning of the Act of 10 April 1997 ‚Energy Law‘).

SLOWENIEN

ELES-Elektro Slovenija, podjetja, ki proizvajajo električno energijo, skladno z Energetskim zakonom (Uradni list RS, 79/99), podjetja, ki izvajajo transport električne energije, skladno z Energetskim zakonom (Uradni list RS, 79/99), podjetja, ki dobavljajo električno energijo, skladno z Energetskim zakonom (Uradni list RS, 79/99) (ELES-Elektro Slovenija; entities producing, transporting or distributing electricity pursuant to the Energy Act (Official Journal of the Republic of Slovenia, 79/99)).

SLOWAKEI

The procuring entity is defined in Article 3 §2 and §3 of Act No 263/1999 Z. z. on Public Procurement, as amended, as a legal entity which deals in energy sectors by generating, purchasing and distributing electricity and by transmitting electricity (Act No 70/1998 Z. z. as amended – e.g. Slovenské elektrárne a.s., Regionálne rozvodné závody).“;

c) Anhang VII

„AUFTRAGGEBER IM BEREICH STADTBAHN-, STRASSENBAHN-, OBUS- ODER OMNIBUSVERKEHR“:

„TSCHECHISCHE REPUBLIK

Any operator of public transport systems and providers of services to the public in rail, tramway, trolleybus or bus transport (section 2 b) of Act No 199/1994 Sb. on Public Procurement).

ESTLAND

Entities operating pursuant to Article 5 of the Public Procurement Act (RT I 2001, 40, 224) and Article 14 of the Competition Act (RT I 2001, 56, 332).

LETTLAND

Public entities which provide passenger transportation services in the following cities by bus, trolleybus, tram: Rīga, Jūrmala, Liepāja, Daugavpils, Jelgava, Rēzekne, Ventspils.

LITAUEN

Entities providing urban trolleybus, bus or cable services to the public in accordance with the Lietuvos Respublikos kelių transporto kodeksas (Žin., 1996, Nr. 119-2772) and being in compliance with the provisions of Lietuvos Respublikos viešųjų pirkimų įstatymas (Žin., 2002, Nr. 118-5296).

UNGARN

Entities providing road transport services to the public on the basis of Act I of 1988 on road transport (1988. évi I. törvény a közúti közlekedésről) and on the basis of an authorisation pursuant to Decree No 89/1988. (XII. 20.) MT of the Council of Ministers on road transport services and on operation of road vehicles (89/1988. (XII. 20.) MT rendelet a közúti közlekedési szolgáltatásokról és a közúti járművek üzemen tartásáról).

Entities providing railway transport services to the public on the basis of Act XCV of 1993 on railways (1993. évi XCV. törvény a vasútról) and on the basis of an authorisation pursuant to Decree No 15/2002. (II. 27.) KöViM of the Minister of Transport and Water Management on licensing of railway undertakings (15/2002. (II. 27.) KöViM rendelet a vasútállalatok működésének engedélyezéséről).

MALTA

L-Awtorità` dwar it-Trasport ta' Malta (Malta Transport Authority).

POLEN

Podmioty świadczące usługi w zakresie miejskiego transportu kolejowego, działające na podstawie koncesji wydanej zgodnie z ustawą z dnia 27 czerwca 1997 r. o transporcie kolejowym (Dz.U. Nr 96, poz. 591 ze zm.). (Entities providing services in the field of urban railway transport, acting on the basis of the Act of 27 June 1997 on railway transport (Dz.U. Nr 96, poz. 591 as amended)).

Podmioty świadczące usługi dla ludności w zakresie miejskiego transportu autobusowego działające na podstawie zezwolenia zgodnie z ustawą z dnia 6 września 2001 r. o transporcie drogowym (Dz.U. Nr 125, poz. 1371 ze zm.) oraz podmioty świadczące usługi dla ludności w zakresie miejskiego transportu (Entities providing services for the public in the field of urban bus transport, acting on the basis of the licence issued under the Act of 6 September 2001 on road transport (Dz.U. Nr 125, poz. 1371 as amended) and entities providing service for the public in the field of urban transport).

SLOWENIEN

Podjetja, ki opravljajo javni mestni avtobusni prevoz, skladno z Zakonom o prevozih v cestnem prometu (Uradni list RS, 72/94, 54/96, 48/98 in 65/99). Companies that provide urban transport in accordance with Road Transport Traffic Act (Official Gazette of the Republic of Slovenia, nos. 72/94, 54/96, 46/98 and 65/99).

SLOWAKEI

The procuring entity is defined in Article 3 §2 and §3 of Act No 263/1999 Z. z. on Public Procurement, as amended, as a legal entity which deals in road transport, by operating scheduled public bus transport, and transport on the railways (Act No 164/1996 Z. z. as amended, Act No 168/1996 Z. z. as amended – e.g.

Železnice Slovenskej republiky/ŽSR/

Železničná spoločnosť a.s.

Dopravný podnik Bratislava, a.s.

Dopravný podnik mesta Žiliny, a.s.

Dopravný podnik mesta Prešov, a.s.

Dopravný podnik mesta Košíc, a.s.

Banskobystrická dopravná spoločnosť, a.s.);

d) Anhang VIII

„AUFTRAGGEBER IM BEREICH DER FLUGHAFENEINRICHTUNGEN“:

„TSCHECHISCHE REPUBLIK

Operators of airports (section 2 b) of Act No 199/1994 Sb. on Public Procurement).

ESTLAND

Entities operating pursuant to Article 5 of the Public Procurement Act (RT I 2001, 40, 224) and Article 14 of the Competition Act (RT I 2001, 56, 332).

LETTLAND

Valsts akciju sabiedrība ‚Latvijas gaisa satiksme‘ (State public limited liability company ‚Latvijas gaisa satiksme‘).

Valsts akciju sabiedrība ‚Starptautiskā lidosta ‚Rīga‘‘ (State public limited liability company ‚International airport ‚Rīga‘‘).

LITAUEN

Airports operating pursuant to the Lietuvos Respublikos aviacijos įstatymas (Žin., 2000, Nr. 94-2918) and Lietuvos Respublikos civilinės aviacijos įstatymas (Žin., 2000, Nr. 66-1983).

Valstybės įmonė ‚Oro navigacija‘ (state enterprise ‚Oro navigacija‘) operating pursuant to the Lietuvos Respublikos aviacijos įstatymas (Žin., 2000, Nr. 94-2918) and Lietuvos Respublikos civilinės aviacijos įstatymas (Žin., 2000, Nr. 66-1983).

Other entities operating in the field of airport facilities and being in compliance with the provisions of Lietuvos Respublikos viešųjų pirkimų įstatymas (Žin., 2002, Nr. 118-5296).

UNGARN

Airports operating on the basis of an authorisation pursuant to Act XCVII of 1995 on air traffic (1995. évi XCVII. törvény a légiközlekedésről).

Budapest Ferihegy International Airport managed by the Budapest Ferihegy International Airport Operator Plc. (Budapest Ferihegy Nemzetközi Repülőtér managed by Budapest Ferihegy Nemzetközi Repülőtér Üzemeltetési Rt.) on the basis of Act XVI of 1991 on concessions (1991. évi XVI. törvény a koncesszióról), Act XCVII of 1995 on air traffic (1995. évi XCVII. törvény a légiközlekedésről), Decree No 45/2001. (XII. 20.) KöViM of the Minister of Transport and Water Management on winding-up the Air Traffic and Airport Administration and establishing HungaroControl Hungarian Air Navigation Services (45/2001. (XII. 20.) KöViM rendelet a Légiforgalmi és Repülőtéri Igazgatóság megszüntetéséről és a HungaroControl Magyar Légiforgalmi Szolgálat létrehozásáról).

MALTA

L-Ajruport Internazzjonali ta' Malta (Malta International Airport).

POLEN

Przedsiębiorstwo Państwowe „Porty Lotnicze” (the state enterprise „Polish Airports”).

SLOWENIEN

Javna civilna letališča, skladno z Zakonom o letalstvu (Uradni list RS, 18/01). Public civil airports, in accordance with the Civil Aviation Act (Official Gazette of the Republic of Slovenia, No 18/01)

SLOWAKEI

The procuring entity is defined in Article 3 §2 and §3 of Act No. 263/1999 Z. z. on Public Procurement, as amended, as a legal entity which deals in civil aviation by establishing and operating public airports and ground aviation facilities (Act No 143/1998 Z.z. as amended – e.g. Airports – Letisko M.R. Štefánika, Letisko Košice – Barca, Letisko Poprad – Tatry, Letisko Sliač, Letisko Piešťany – managed by Slovenská správa letísk/Slovak Airports Administration/and operating on the basis of a licence issued by Ministry of Transport, Posts and Telecommunications of the Slovak Republic pursuant to § 32 Act No 143/1998 Z. z. on Civil Aviation).“;

e) Anhang IX

„AUFTRAGGEBER IM BEREICH DES SEE- ODER BINNENHAFENVERKEHRS ODER ANDERER VERKEHRSENDPUNKTE“:

„TSCHECHISCHE REPUBLIK

Operators of harbours (section 2 b) of Act No 199/1994 (Sb. on Public Procurement).

ESTLAND

Entities operating pursuant to Article 5 of the Public Procurement Act (RT I 2001, 40, 224) and Article 14 of the Competition Act (RT I 2001, 56, 332).

ZYPERN

The Cyprus Ports Authority established by the Cyprus Ports Authority Law of 1973 (Η Αρχή Λιμένων Κύπρου, που εγκαθιδρύθηκε από τον περί Αρχής Λιμένων Κύπρου Νόμο του 1973).

LETTLAND

Authorities, which govern ports in accordance with the law „Likums par ostām”:

Rīgas brīvostas pārvalde (Rīga free port authority)

Ventspils brīvostas pārvalde (Ventspils free port authority)

Liepājas ostas pārvalde (Liepāja port authority)

Salacgrīvas ostas pārvalde (Salacgrīva port authority)

Skultes ostas pārvalde (Skulte port authority)

Lielupes ostas pārvalde (Lielupe port authority)

Engures ostas pārvalde (Engure port authority)

Mērsraga ostas pārvalde (Mērsrags port authority)

Pāvilostas pārvalde (Pāvilosta port authority)

Rojas ostas pārvalde (Roja port authority).

LITAUEN

Valstybės įmonė ‚Klaipėdos valstybinio jūrų uosto direkcija‘ (state enterprise ‚Klaipėda State Seaport Authority‘) operating pursuant to the Lietuvos Respublikos Klaipėdos valstybinio jūrų uosto įstatymas (Žin., 1996, Nr. 53-1245).

Valstybės įmonė ‚Vidaus vandens kelių direkcija‘ (state enterprise ‚Inland Waterways Administration‘) operating pursuant to the Lietuvos Respublikos vidaus vandenų transporto kodeksas (Žin., 1996, Nr. 105-2393).

Other entities operating in the field of maritime or inland port or other terminal facilities and being in compliance with the provisions of Lietuvos Respublikos viešųjų pirkimų įstatymas (Žin., 2002, Nr. 118-5296).

UNGARN

Public ports operated fully or partially by the State pursuant to Act XLII of 2000 on water transport (2000. évi XLII. törvény a vízi közlekedésről).

MALTA

L-Awtorita' Marittima ta' Malta (Malta Maritime Authority).

POLEN

Podmioty zajmujące się zarządzaniem portami morskimi lub śródlądowymi i udostępnianiem ich przewoźnikom morskim i śródlądowym. (Entities operating in the field of management of sea ports or inland harbours and letting them for use to sea and inland carriers.).

SLOWENIEN

Morska pristanišča v državni ali delni lasti države, ko opravljajo gospodarsko javno službo, skladno s Pomorskim zakonikom (Uradni list RS, 26/01). Sea ports, fully or partially state owned, when performing economic public service in accordance with the Maritime Code (Official Gazette of the Republic of Slovenia, No 18/01).

SLOWAKEI

The procuring entity is defined in Article 3 §2 and §3 of Act No 263/1999 Z. z. on Public Procurement, as amended, as a legal entity which deals in inland navigation by maintaining the waterways and by establishing and maintaining public ports and waterway facilities (Act No 338/2000 Z. z. – e.g. Prístav Bratislava, Prístav Komárno, Prístav Štúrovo).“

ANHANG V

VERÖFFENTLICHUNGEN

Tschechische Republik

Centrální adresa (Central Address)

Estland

State Public Procurement Register

Zypern

Official Gazette of the Republic

Lettland

Official Gazette of the Republic of Latvia

Litauen

Official Gazette of the Republic of Lithuania

Ungarn

Közbeszerzési Értesítő (Public Procurement Bulletin)

Malta

Official Gazette of the Republic

Polen

Biuletyn Zamówień Publicznych (Public Procurement Bulletin)

Slowenien

Official Journal of the Republic of Slovenia

Slowakei

Vestník Verejného Obstarávania (Public procurement journal)

KOMMISSION

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14. September 2004

zur Änderung des Beschlusses 2002/627/EG zur Einrichtung der Gruppe Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2004/641/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

2. In Artikel 3 wird folgender Absatz angefügt:

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

„Die Gruppe berät und unterstützt die Kommission in allen Fragen bezüglich elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aus eigener Initiative oder auf Anforderung der Kommission.“

in Erwägung nachstehender Gründe:

3. Artikel 4 erhält folgende Fassung:

(1) Durch den Beschluss 2002/627/EG⁽¹⁾ der Kommission wurde die Gruppe Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste eingerichtet.

„Artikel 4

Zusammensetzung

(1) Die Gruppe setzt sich aus den Leitern der unabhängigen nationalen Regulierungsbehörden, die in jedem Mitgliedstaat geschaffen wurden und die Hauptverantwortung für die Beaufsichtigung des laufenden Marktgeschehens im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste tragen, oder deren Stellvertretern zusammen.

(2) Die Erfahrungen aus der Arbeit mit dieser Gruppe haben gezeigt, dass es notwendig ist, bestimmte Fragen in Bezug auf die Zusammensetzung der Gruppe klarzustellen und die Arbeit der Gruppe auf die laufende Überwachung der Einführung des neuen Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste auszurichten.

Jeder Mitgliedstaat entsendet ein Mitglied. Die Kommission ist angemessen vertreten und stellt das Sekretariat der Gruppe.

(3) Alle Mitgliedstaaten haben Regulierungsbehörden geschaffen, die für die laufende Aufsicht über den Markt für die elektronische Kommunikation zuständig sind —

BESCHLIESST:

(2) Die zuständigen nationalen Regulierungsbehörden im Sinne von Absatz 1 werden im Anhang aufgeführt. Die Kommission überprüft dieses Verzeichnis regelmäßig im Hinblick auf Änderungen, die von den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Namen und Zuständigkeiten dieser Behörden vorgenommen werden.“

Artikel 1

Der Beschluss 2002/627/EG wird wie folgt geändert:

4. Artikel 5 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 wird gestrichen.

a) Absatz 1 wird gestrichen.

⁽¹⁾ ABl. L 200 vom 30.7.2002, S. 38.

- b) Der erste Satz des letzten Absatzes erhält folgende Fassung:

„Sachverständige aus EWR-Staaten, die nicht zur Europäischen Union gehören, und aus Staaten, die Beitrittskandidaten der Europäischen Union sind, können sich als Beobachter an der Gruppe beteiligen.“

5. Der Wortlaut im Anhang dieses Beschlusses wird als Anhang angefügt.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 14. September 2004

Für die Kommission

Olli REHN

Mitglied der Kommission

ANEXO — PŘÍLOHA — BILAG — ANHANG — ANNEKS — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ — ANNEX — ANNEXE — ALLEGATO — PIELIKUMS — PRIEDAS — MELLÉKLET — ANNESS — BIJLAGE — ZAŁĄCZNIK — ANEXO — PRÍLOHA — PRILOGA — LIITE — BILAGA

Mitgliederverzeichnis der ERG

Land	Nationale Regulierungsbehörde
Belgique/België	Institut belge des services postaux et des télécommunications (IBPT) Belgisch Instituut voor postdiensten en telecommunicatie (BIPT)
Česká republika	Český telekomunikační úřad (ČTÚ)
Danmark	IT- og Telestyrelsen — National IT and Telecom Agency (NITA)
Deutschland	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP)
Eesti	Sideamet (SIDEAMET)
Ελλάδα	Εθνική Επιτροπή Τηλεπικοινωνιών και Ταχυδρομείων
Elláda	National Telecommunications and Post Commission (EETT)
España	Comisión del Mercado de las Telecomunicaciones (CMT)
France	Autorité de Régulation des Télécommunications (ART)
Ireland	Commission for Communications Regulation (ComReg)
Italia	Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (AGCOM)
Kypros	Office of the Commissioner of Telecommunications and Postal Regulation (OCTPR)
Latvija	Sabiedrisko pakalpojumu regulēšanas komisija (SPRK)
Lietuva	Ryšiu reguliavimo tarnyba (RRT)
Luxembourg	Institut Luxembourgeois de Régulation (ILR)
Magyarország	Nemzeti Hírközlési Hatóság (NHH)
Malta	Malta Communications Authority (MCA)
Nederland	Onafhankelijke Post en Telecommunicatie Autoriteit (OPTA)
Österreich	Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR)
Polska	Urząd Regulacji Telekomunikacji i Poczty (URTiP)
Portugal	ICP — Autoridade Nacional de Comunicações (ICP-ANACOM)
Slovenija	Agencija za telekomunikacije, radiodifuzijo in pošto Republike Slovenije (ATRP)
Slovensko	Telekomunikačný úrad Slovenskej republiky (TU SR)
Suomi Finland	Viestintävirasto Kommunikationsverket (FICORA)
Sverige	Post- och telestyrelsen (PTS)
United Kingdom	Office of Communications (Ofcom)